

Altersarmut | 22.02.2018 | Nr. 064/18

Werner Kalinka: (TOP 23) Akzeptanzverluste der sozialen Sicherungssysteme vermeiden

„Empfehlungen der Beauftragten des Parlaments gehören nicht in die Schublade, sondern möglichst in konkrete Politik gebracht. Ein Beispiel ist der Tätigkeitsbericht 2016 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, in dem darauf hingewiesen wird, dass auf Grundsicherung und Erwerbsminderung angewiesene Menschen, die selbst Rentenzahlungen erbracht haben, diese nicht zusätzlich angerechnet bekommen“, so der CDU-Landtagsabgeordnete Werner Kalinka bei der Vorstellung des Antrages von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP im Landtag: „Mit unserer Initiative wollen wir dies deutlich machen und den Bund auffordern, zu handeln.“

In Schleswig-Holstein seien rund 40.000 Menschen betroffen. Dazu zählten auch Bezieher von Erwerbsminderungsrenten. Deren durchschnittliche Höhe liegt bei etwas mehr als 700 Euro. Von ihr sind Menschen betroffen, die häufig direkt aus dem Arbeitsleben in die Erwerbsminderung und damit zu einem erheblich geringeren Einkommen gekommen sind.

Kalinka: „Wer einzahlt, sich aber nicht besser steht als derjenige, der nichts fürs Alter getan hat, wird dies nicht als gerecht empfinden können. Deswegen ist eine Neuregelung notwendig. Ansonsten würden Akzeptanzverluste der sozialen Sicherungssysteme die Folge sein.“